

A 6 TOP 10.5 Keine Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

Antragstext

Adressat*innen:

Fraktion der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz
Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz
Fraktion der FDP im Landtag Rheinland-Pfalz

Mitgliedsverbände des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz
Kooperationsorganisationen des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz

Der Landesjugendring möge die im Folgenden genannten Punkte, zur Ablehnung direkter Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden sowie die Aufforderung an alle demokratischen, im Landtag vertretenen Fraktionen, nicht mit der AfD zusammenzuarbeiten, sofern dies vermeidbar ist, beschließen.

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz lehnt die direkte Zusammenarbeit mit demokratiefeindlichen Parteien und Verbänden, wie der AfD, ab, es sei denn der Ausschluss dieser demokratiefeindlichen Parteien und Verbände von Veranstaltungen ist aufgrund ihres Rechts auf demokratische Teilhabe in keinster Weise möglich. Der Landesjugendring verurteilt **zudem** das vergangene Abstimmungsverhalten im Bundestag, bei dem die CDU- und FDP-Fraktion, sowie die Gruppe des BSW es in Kauf genommen haben, eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD-Fraktion fern der demokratischen Mitte zu bilden.

Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände verurteilen diesen Tabubruch aufs Schärfste und fordern alle demokratischen Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag auf, diesen Fehler nicht auch auf Landesebene zu begehen und in keinster Weise **auf direktem Weg** mit der AfD-Fraktion zusammenzuarbeiten.

Begründung

27 Demokratie lebt davon, dass demokratische Parteien und deren Abgeordnete in der
28 Lage sind untereinander zu reden und Lösungen sowie Kompromisse zu finden. Zum
29 ersten Mal seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 entstand
30 eine Mehrheit für einen Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag nur mit den
31 Stimmen der AfD. Des Weiteren wurde von der CDU-Fraktion versucht ein Gesetz,
32 das sogenannte „Zustrombegrenzungsgesetz“, mithilfe der Stimmen der AfD-Fraktion
33 zu verabschieden. Dies scheiterte unter anderem daran, dass mehrere FDP-
34 Abgeordnete, sowie ein paar wenige CDU-Abgeordnete nicht zur Abstimmung
35 erschienen.

36
37 Die AfD ist laut Verfassungsschutz bundesweit ein rechtsextremistischer
38 Verdachtsfall und gilt in drei Bundesländern bereits als gesichert rechtsextrem.
39 Einige Mitglieder der Partei, auch aus hohen Positionen, sind schon mehrfach
40 durch Nationalsozialistische Parolen sowie das Zeigen des Hitlergrußes
41 aufgefallen. Das geht soweit, dass man den Landesvorsitzenden und
42 Fraktionsvorsitzenden der AfD in Thüringen laut Gerichtsurteil als Faschisten
43 bezeichnen darf.

44
45 Das alles zeigt uns, dass die AfD nicht als demokratische Partei betrachtet
46 werden kann.

47
48 Für uns ist klar, dass mit Demokratiefeinden nicht zusammengearbeitet werden
49 darf, damit deren menschenverachtende Ideologien nicht in unserer Gesellschaft
50 normalisiert werden.

51
52 Dies möchten wir auch mit Verweis auf die Weimarer Republik betonen, in der
53 Konservative eingeknickt sind und es toleriert haben, dass die NSDAP in
54 Regierungsverantwortung geraten ist und letztendlich Hitler die Macht übertragen
55 haben, der ohne eigene parlamentarische Mehrheit die Demokratie in die Diktatur
56 führte und die Republik zerstörte.

57
58 Es dürfen keine Mehrheiten gezielt mit Demokratiefeinden gesucht werden, sondern
59 müssen aus der Mitte des Parlaments bzw. der Gesellschaft gebildet werden.

60
61 Wenn Abgeordnete extremistischer, menschenverachtender Parteien jubelnd im
62 Parlament sitzen, dann löst das bei uns große Sorge aus und bewegt uns zu der
63 Aufforderung, dass etwas Derartiges nicht wieder geschehen darf!